

Moskaus Verzögerungstaktik gescheitert

Antwort an Molotow — Fünf Bedingungen des Westens

Moskau (DPA/AP). In gleichlautenden Noten haben die drei Westmächte der Sowjetregierung am Montag mitgeteilt, daß sie erst nach der Ratifizierung der Pariser Verträge über die Aufrüstung der Bundesrepublik zu neuen Konferenzen mit der Sowjetunion bereit seien. Damit beantworteten sie die sowjetischen Noten, in denen eine Außenministerkonferenz über Deutschland und Österreich und eine allgemeine Konferenz über die kollektive Sicherheit in Europa vorgeschlagen worden war. Moskau hatte versucht, mit diesem Angebot die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verzögern.

Die Westmächte nannten fünf Bedingungen, die derartige Konferenzen ermöglichen würden:

1. Einvernehmen über die Unterzeichnung eines österreichischen Staatsvertrages.

2. Erklärung der Sowjetregierung über ihre Haltung hinsichtlich des Problems der freien Wahlen in Deutschland, die den ersten unerläßlichen Schritt zur Wiedervereinigung darstellen.

3. Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege über alle anderen europäischen Fragen von gemeinsamem Interesse, die später von einer Viermächte-Konferenz geprüft werden könnten. Hierzu gehören vor allem Fragen, die mit der europäischen Sicherheit in Verbindung stehen.

4. Eine Konferenz der vier Außenminister nach der Ratifizierung der Pariser Beschlüsse durch die beteiligten Länder, sobald Aussichten für eine Lösung bestehen.

5. Eine umfassendere Konferenz unter Einfluß der europäischen und der anderen interessierten Staaten, falls die Umstände dafür günstig erscheinen. Auf dieser Konferenz sollten alle anderen Aspekte der europäischen Sicherheit behandelt werden.

In ihren Noten unterstreichen die Westmächte ferner, daß sie nicht die Absicht haben, ihre Verteidigungsbündnisse zugun-

sten eines anderen europäischen Sicherheitssystems aufzugeben, das nur eine „trügerische Fassade“ darstelle. Die Pariser Abkommen dagegen erschwerten nicht die Lösung der Frage der europäischen Sicherheit, sondern erleichterten sie.

Zur Österreichfrage erklären die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, es sei ihnen unverständ-

lich, wieso die Sowjetunion vorschläge, die noch ungelösten Probleme des österreichischen Staatsvertrages zu erörtern, nachdem sich der Westen auf der Berliner Konferenz zu der Unterzeichnung des Vertrages mit der sowjetischen Fassung der zuvor umstrittenen Artikel bereit erklärt habe. Es gebe daher kein Hindernis mehr für die Unterzeichnung und den Abzug aller ausländischen Truppen aus Österreich.

Bonn (Eigenmeldung / DPA). Der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am Montag in Bonn im Beisein von Bundeskanzler Dr. Adenauer beschlossen, an den Terminen für die erste Lesung der Pariser Verträge am 16. und 17. Dezember festzuhalten.

Die Jugend mit heranziehen

Forderungen Jakob Kaisers zur Wiederbewaffnung

Wiesbaden (Eigenbericht). Auf der elften Vollversammlung des Bundesjugendringes in Wiesbaden erklärte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, bei der Jugend liege am stärksten die Hoffnung des Volkes in bezug auf den Willen und die Arbeit für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Kaiser sagte, daß die Bedeutungslosigkeit der KP in der Bundesrepublik nicht dazu führen dürfe, die kommunistische Gefahr zu unterschätzen. Die 13 Millionen Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges „erwarten von uns, daß wir uns an ihrer Auseinandersetzung beteiligen“. Allein im Monat August dieses Jahres seien mehr als 400 000 Besucher aus der Zone in die Bundesrepublik gekom-

men und 350 000 aus der Bundesrepublik in die Zone gefahren. Es fänden also schon in reichlichem Maße gesamtdeutsche Gespräche statt, sicher anders, als sie sich die Herren in Pankow vorstellen.

Das politische Bemühen um die deutsche Einheit vollziehe sich auf der Ebene der Weltpolitik. Hierbei seien die in Paris unterzeichneten Verträge von Bedeutung.

Im Hinblick auf die Wiederbewaffnung betonte der Minister, daß die Jugend und die Arbeiterschaft bei den Fragen der Verteidigung mit herangezogen werden müßten. Er glaube, daß Volk und Staat imstande seien, das rechte Verhältnis zu den künftigen deutschen Streitkräften zu schaffen.

Bekanntnis zu Adenauers Politik

DT. Das Überraschende der Wahlen in Hessen und Bayern ist, daß sie nicht die erwarteten Überraschungen gebracht haben. Man hatte vor allem mit einem empfindlichen Erdrutsch bei der CDU/CSU gerechnet, denn nicht nur die „konservative“ Bayernpartei, sondern auch die in Hessen sogar mit der CDU locker verbündete FDP hatten in Wirklichkeit nichts unterlassen, um die Partei des Bundeskanzlers zu schwächen — von der prinzipiellen sozialdemokratischen Opposition gar nicht zu reden. Man hatte sich also, zumal der Wahlkampf erbittert geführt worden war, auf Überraschungen in dieser Hinsicht präpariert. Doch das Ergebnis sieht anders aus. Es zeigt sich eine weitgehende Stabilität der CDU/CSU in beiden Ländern, sogar eine sehr wesentliche Verbesserung gegenüber den Landtagswahlen von 1950, was wesentlich zu vermerken ist als der normale Rückgang gegenüber der letzten Bundestagswahl, die ja wegen ihrer besonderen Umstände eine wohl nie wiederkehrende Einmaligkeit gewesen ist.

Heute also blickt man erstaunt auf die Stabilität der CDU/CSU. Für die Politik des Bundeskanzlers bedeutet das eine wesentliche Stärkung, da ihr im Bundesrat weder von Bayern noch von Hessen eine neue Gefahr droht, im Gegen-

Politik um Sektorengrenzen

DT. Wer hat die Stadt Berlin geteilt, wer hat sie blockiert und isoliert? Jedes Berliner Kind weiß, wer es gewesen ist. Aber die am 17. Oktober in Ostberlin „gewählten“ sogenannten Volksvertreter versuchen, den Eindruck zu erwecken, als sei die Situation der zweigeteilten Stadt nicht von ihrer SED-Führung veranlaßt worden. Es wird versucht, der SED-Wahlpropaganda in Westberlin zu Hilfe zu kommen mit einem „Angebot“ an die Westberliner. „Gemeinsam die Sektorengrenzen überwinden“ — heißt es.

teil. Das Wahlergebnis ist ein unvermindertes, im Hinblick auf die konzentrierten Angriffe aller gegen die CDU/CSU gewachsenes und gefestigtes Bekenntnis zur Politik des Bundeskanzlers — ein Ausdruck der Zustimmung und des Vertrauens, sowie ein Zeichen dafür, daß man die Politik Adenauers gerade jetzt freihalten will von allen unerprobten Experimenten, daß man sie vielmehr noch kräftiger unterbauen möchte durch die Politik in den Ländern.

Wie ernst die Bevölkerung dieser provinziellen Gebiete

Bayern und Hessen die Probleme der Zeit nimmt, zeigt die überaus hohe Wahlbeteiligung von 82 Prozent. Es ist das, ganz generell festgestellt, ein erfreuliches Zeichen demokratischer Entwicklung.

Das wird seine positive Wirkung sowohl im Inland als auch im Ausland nicht verfehlen, zumal die Radikalen zur völligen Bedeutungslosigkeit abgesunken sind. Die Kommunisten brachten es in Bayern nur auf 2,1 Prozent der Stimmen und die Deutsche Partei in Hessen nur auf 1,2 Prozent (s. S. 3).

Nur neue Tatsachen!

DT. Die Antwortnote der Westmächte, die in Moskau übergeben wurde, ist die bisher beste Erläuterung der Politik, die vorläufig in der westeuropäischen Union gipfelt. Die Darlegungen über Sinn und Ziel dieser über eine militärische Allianz hinausreichenden Union, die „auf einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamen Überlieferungen“ beruht und alte Zwistigkeiten durch neue Solidarität überwindet, sind ausgezeichnet. Sie weisen außerdem über den Konflikt der Gegenwart mit der Feststellung hinaus, daß die Pariser Verträge einen Ausgangspunkt für die Lösung der schwierigsten europäischen Probleme bilden und daher sowohl der Lösung der europäischen Sicherheitsfrage als auch dem Frieden überhaupt dienen werden. Daß in diesem Zusammenhang die

Lösung der Deutschlandfrage durch freie Wahlen als zentrales Problem genannt wird, ist eine politische Selbstverständlichkeit.

Moskau wird sich heute noch gegen die bessere Einsicht wehren, aber der Zeitpunkt wird kommen, da es ihr nicht mehr ausweichen kann. Diese Entwicklung wird entscheidend gefördert werden durch die von den Westmächten bekundete Entschlossenheit, die Pariser Verträge zu verwirklichen und sich von diesem Ziele durch nichts abbringen zu lassen. Nur neue Tatsachen können einen Zustand der internationalen Politik verändern, in dem bisher alle Bemühungen um eine Lösung der deutschen und der europäischen Fragen ergebnislos geblieben sind. Der fast unübersehbar gewordene Notenwechsel zwischen Ost und West, der in einem ewigen Kreise verläuft und immer wieder an den Ausgangspunkt zurückkehrt, ist der tragische Ausdruck dieser Tatsache. Die östliche Sicherheitskonferenz zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten, die in Moskau von Molotow eröffnet wurde, liegt gleichfalls noch in diesem alten Kreislauf; sie bringt nichts Neues — nichts, was in der eisernen Beherrschung dieser Länder durch Moskau nicht bereits gegeben wäre. Über eine vorübergehende Verhärtung der Gegensätze hinweg werden sich aus neuen europäischen Tatsachen auch neue und bessere Möglichkeiten einer Lösung der Probleme ergeben. Ein anderer Weg ist heute nicht sichtbar.

KPD-Anträge zurückgewiesen

Die ersten Verhandlungstage in Karlsruhe

Berlin (AP/DPA). Zur Teilnahme an dem Prozeß gegen die KPD in Karlsruhe, in dem das Bundesverfassungsgericht darüber zu entscheiden hat, ob die KP als verfassungsfeindliche Organisation anzusehen ist, sind jetzt auch die Partei-Vorstandsmitglieder Reimann und Fischer eingetroffen. Man hatte ihnen freies Geleit zugesichert, da gegen beide in der Bundesrepublik Haftbefehle bestehen. Ihr Rechtsanwalt hatte zunächst versucht, die Aufhebung des Haftbefehls zu erwirken, erst dann würden sie zur Verhandlung erscheinen. Das wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß man ihnen „freies Geleit in einem sonst nicht üblichen Umfang“ zugesichert habe.

Die Prozeßbevollmächtigten der KPD beantragten am Dienstag, dem ersten Tag des Verfahrens, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Wintrich, und den Bundesrichter Dr. Stein wegen Befangenheit abzulehnen. Beide Anträge wurden zurückgewiesen.

Kein Behinderungsgrund

Bonn (Eigenmeldung). Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat erklärt, daß eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe im Verfahren gegen die KP — ganz gleich, wie sie ausfällt — gesamtdeutsche Wahlen

nicht behindern würde. Das Urteil gelte nur für die heutige Situation und für die Bundesrepublik. Der Gesetzgeber für das gesamtdeutsche Wahlgesetz sei an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht gebunden.

Mit dieser Stellungnahme wandte sich das Ministerium gegen ein Schreiben des Sowjetzonen-Volkskammerpräsidenten Dieckmann an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Dieckmann hatte darin zum Ausdruck gebracht, daß ein Verbot der KPD in der Bundesrepublik freie gesamtdeutsche Wahlen praktisch unmöglich machen würde und damit der Weg zur deutschen Wiedervereinigung verriegelt wäre.

Weniger Flüchtlinge

Berlin (DPA). Die Zahl der Sowjetzonen-Flüchtlinge ist beträchtlich zurückgegangen. In der vergangenen Woche meldeten sich rund 1200 Flüchtlinge in Westberlin gegenüber einem Durchschnitt von 2000 in der Zeit davor.

Es ist interessant festzustellen, daß sich in zunehmendem Maße solche Personen melden, die bereits als Flüchtlinge registriert waren, aber danach wieder in die Sowjetzone zurückkehrten.

Adenauer spricht am 3. Dezember

Berlin (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer wird am Freitag, dem 3. Dezember, 20 Uhr, im Berliner Sportpalast aus Anlaß der bevorstehenden Berliner Wahlen zu den Berlinern und Bewohnern der Sowjetzone sprechen.

2 Millionen Besucher

Bonn (DPA). Der zweimillionste Besucher des Bundeshauses war in der vergangenen Woche eine 71jährige Frau aus Wülfrath (Rheinland). In der Hauptreisezeit kommen täglich etwa 4500 Besucher in das Bundeshaus.

Vom Kinderdienst zusammengeführt

Bonn (DPA). Rund 17 000 Kinder ohne Eltern und 12 000 Kinder mit Angehörigen sind in den letzten acht Jahren mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft Kinderdienst, einer Organisation der karitativen Verbände, aus mehreren Ländern Europas in das Bundesgebiet zurückgeführt worden.

Für Vertriebenen-Betreuung

Bonn (DPA). Acht Millionen DM sind für die Gefangenen- und Vertriebenenbetreuung im neuen Etat des Bundesvertriebenenministeriums eingesetzt worden.

Hoover besuchte Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Einen zweitägigen Besuch hat der ehemalige amerikanische Präsident Herbert Hoover Berlin abgestattet. Bei seinem Empfang durch den Regierenden Bürgermeister Dr. Schreiber gab der Gast seiner Freude darüber Ausdruck, nach neunjähriger Abwesenheit wieder in Deutschland zu sein.

Es sei ihm eine Genugtuung, jetzt feststellen zu können, daß Deutschland sich nach dem Kriege in so schneller Zeit wieder erholt habe. Dr. Schreiber dankte Hoover in herzlichen Worten für seine große Hilfe in Not und Elend und betonte, daß Berlin das niemals vergessen werde.

Das Wahlergebnis in Hessen

Parteien	Prozent	Sitze im Landtag	Landtags-	Bundestags-
			wahl 1950	wahl 1953
		%		%
SPD	42,6	44	44,4	33,7
CDU	24,1	24	18,8	33,2
FDP	20,5	21	31,8	19,7
BHE	7,7	7	—	6,4
KPD	3,4	—	4,7	2,5
DP	1,2	—	—	2,8
Bund der Deutschen	0,5	—	—	—
Freie Opposit. u. Parteil.	0,02	—	—	—

... und in Bayern

CSU	38	83	27,4	47,9
SPD	28,1	61	28,0	23,3
Bayern-Partei	13,2	28	17,9	9,2
BHE	10,2	19	12,3	8,2
FDP	7,2	13	7,1	6,2
KPD	2,1	—	1,9	1,6
Bayerischer Rechtsblock	0,6	—	—	—
Bund der Deutschen	0,4	—	—	—
Waterländische Union	0,2	—	—	—

Glückwünsche für Churchill aus aller Welt

Englands „alter Mann“ wurde 80 Jahre

London (DPA). Sir Winston Churchill ist am Dienstag 80 Jahre alt geworden. England feierte ihn an diesem Tag als einen der größten Staatsmänner seiner Geschichte.

Im Mittelpunkt des Geburtstages stand die Ehrung durch das Parlament. 2500 geladene Gäste, darunter die Unterhausabgeordneten und die Lords, feierten Sir Winston in der großen Westminster Hall.

Ein Stab von 60 Personen war am Montag feierhaft mit der Sichtung von Beiträgen für den Churchill-Geburtstagsfonds beschäftigt, die unablässig mit der Post eingingen. Aus aller Welt trafen Glückwünsche und Geschenke ein. Ein Korb voller roter Rosen war so groß, daß der Bote ihn nicht durch die Tür bringen konnte.

Pella Montan-Präsident

Straßburg (AP). Der ehemalige italienische Ministerpräsident Giuseppe Pella ist in Straßburg einstimmig zum neuen Präsidenten des Montanparlaments gewählt worden.

Pella tritt damit die Nachfolge seines verstorbenen Kolle-

gen Alcide de Gasperi an, der dieses Amt nach dem Rücktritt Paul Henri Spaaks übernommen hatte. Er trat auf einer Pressekonferenz in Straßburg für eine Ausweitung der europäischen wirtschaftlichen Integration ein.

Gondeln statt U-Bahn

New York (AP). Die gegenwärtige U-Bahn-Strecke zwischen dem New York Times Square und dem Zentralbahnhof soll im Laufe der nächsten Jahre durch ein System von laufenden Bändern, die gondelähnliche Fahrzeuge transportieren, ersetzt werden.

Die Transportbänder sollen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit laufen, so daß an den Bahnhöfen bei einer Geschwindigkeit von 2,5 Kilometer je Stunde ein- und ausgestiegen werden kann, während die Bänder auf freier Strecke eine Geschwindigkeit von 2,5 bis zu 25 Stundenkilometer haben sollen.

Das neue System soll den Transport von 22 000 Fahrgästen je Stunde erlauben und mit jährlichen Unterhaltskosten von 183 000 Dollar fast um die Hälfte billiger sein als die gegenwärtige U-Bahn.

Mit der Kasernierten Volkspolizei verwechselt?

Wien (AP/DPA). Der sowjetische Oberkommissar in Österreich, Iljitschew, hat in einer Sitzung der alliierten Oberkommission die österreichische Regierung beschuldigt, sie bilde „Polizeieinheiten zu regulären militärischen Verbänden“ aus.

Neben der österreichischen Gendarmerie würden in den westlichen Besatzungszonen reguläre militärische Einheiten geschult. Dabei handele es sich um acht Infanterie-Bataillone, ein Pionier-Bataillon und mehrere gepanzerte Einheiten. Diese Truppen würden von ehemaligen Offizieren der deutschen Wehrmacht befehligt und ausgebildet.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen

Bonn (Eigenmeldung). Die ersten deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen im Zuge der Absprachen zwischen beiden Ländern auf der Pariser Konferenz sind nach zweitägiger Dauer in Bonn zu Ende gegangen. Es wurden vor allem landwirtschaftliche Fragen behandelt.

Für Zusammenarbeit

New York (DPA/AP). Eine Verständigung und eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bezeichnete der französische Ministerpräsident Mendès-France vor der amerikanischen Gesellschaft für Außenpolitik in New York als lebenswichtig für ein freies Europa.

Konziliantere Haltung

Washington (DPA). Die Zustimmung der Sowjetunion zu dem Plan für die Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken wurde von politischen Beobachtern in den USA übereinstimmend als ein Versuch Moskaus gewertet, das weltpolitische Konzept der „Koexistenz“ zu fördern. Man verweist dabei auf die konziliantere Haltung der Sowjetdelegation seit Beginn der diesjährigen UN-Vollversammlung.

Mehr Vollmachten für Berlin

Ein Beschluß der West-Alliierten

Berlin (Eigenmeldung). Die Westberliner Kommandanten haben in einer Grundsatzklärung einen gemeinsamen Beschluß bekanntgegeben, in dem festgelegt ist, daß künftig das größtmögliche Maß einer vollziehenden, gesetzgebenden und rechtsprechenden Selbstregierung in Berlin sichergestellt wird, soweit dies mit der besonderen Situation der Stadt vereinbar sei.

In einer hierzu herausgegebenen Erklärung heißt es, daß die Westmächte ihren Einfluß in Berlin nur soweit noch ausüben wollen, als es für die Aufrechterhaltung des Status und der Sicherheit von Berlin, seiner Wirtschaft, seines Handels, seiner Nachrichten- und Verkehrsverbindungen, die Sicherheit der alliierten Streitkräfte und die Verpflichtungen ihrer Regie-

rungen durch internationale Verträge und andere Abkommen erforderlich ist.

Neue USA-Hilfe

Berlin (Eigenbericht). Eine neue größere finanzielle Hilfe für Berlin ist jetzt angekündigt worden. Wie das amerikanische Amt für Auslandshilfe am Mittwoch bekanntgab, wird die US-Regierung der Bundesrepublik eine zusätzliche Unterstützung in Höhe von 23 695 000 Dollar gewähren. Durch diese Hilfeleistung soll der Aufstieg der Berliner Wirtschaft gefördert und zur Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes der Bevölkerung Berlins beigetragen werden.

Es sei vorgesehen, insbesondere dem Kapitalmarkt zusätzliche Mittel für langfristige Risiko-Investitionen zuzuführen.

SED-Politik wichtiger als Versorgung?

Umbesetzungen im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft

Rund 120 Posten wurden dieser Tage ohne sonderlichen Aufheben im Pankower „Ministerium für Land- und Forstwirtschaft“ umbesetzt. Polit-Leiter von Produktionsgenossenschaften, Parteisekretäre ländlicher Kreise und bewährte Funktionäre der Bezirksverwaltungen nahmen ihre Posten ein. Als Begründung für die Entlassung der anderen wurde „Ver-sagen bei der Neuordnung der Landwirtschaft“ angegeben. Damit gewinnen Maßnahmen an Bedeutung, die die SED seit einem Vierteljahr auf dem landwirtschaftlichen Sektor getroffen hat. Die SED will, so es ihr gelingt, 1955 zum „Jahr der Produktionsgenossenschaften“ machen.

In der Sowjetzone wurde seit Monaten keine „Produktionsgenossenschaft“ mehr gegründet. Die Gesamtbilanz des Jahres 1954 weist einige Dutzend solcher meist unbedeutenden Gründungen auf. Die Erträge dieser LPG's lagen überall unter dem sonstigen Einzelaufkommen. Die 1952 gegründeten Kollektive, von denen man nach zweijähriger Anlaufzeit besondere Erfolge erwartete, haben restlos enttäuscht.

Spätestens im Januar wird die SED eine Begründung für die immer deutlicher werdende Ernährungskrise geben müssen. Diese Begründung wird bereits jetzt im Ministerium formuliert und stellt eine der übelsten Fälschungen dar.

Die Schuld an der Ernährungskrise wird nämlich dem Einzelbauern zugeschoben, der 1954 mehr als in den Vorjahren abgeliefert hat. Ohne die Klein- und Mittelbauern hätte es bereits im September eine Versorgungskatastrophe gegeben.

SED fürchtet Machtverlust

Diese Tatsachen haben ernste Auseinandersetzungen nicht nur innerhalb des zuständigen Ministeriums, sondern sogar im Parteiapparat bewirkt. Die Bauern haben plötzlich Verbündete erhalten, von einer Seite, von der sie es am wenigsten erwarten durften. Immer mehr Partei- und Regierungsfunktionäre bedrängten 1954 das SED-Zentralkomitee, von neuen Kollektivierungen Abstand zu nehmen. Sie bewiesen, daß die Erträge überall abgesunken waren, daß wertvollste Landmaschinen, für viel zu hohe Preise eingeführte sowjetische Mähdräher und Traktoren auf den Feldern und in den Reparaturwerkstätten

der Maschinen-Traktoren-Stationen buchstäblich verkommen, weil es weder Ersatzteile noch geschultes Pflegepersonal gab.

Die mitteldeutsche Landwirtschaft, die früher wie am Schnürchen lief, ist heute ein Staatsproblem, um dessen primitivste Lösung man sich auf Ministerratssitzungen bemühen muß. Sogar SED-Funktionäre beginnen die Fehler einzusehen, die gemacht worden sind.

Warum aber dann die neuen Kollektivierungsbestrebungen und die Hintertür-Maßnahmen der Partei?

Die SED fürchtet einen Machtverlust auf dem Lande. Es geht ihr weniger um ökonomische, als um politische Erträge. Folgenden Tatsachen sieht sie sich gegenüber:

1. Die Parteiorganisationen auf dem Lande sind die schwächsten in der ganzen Zone. Der Dorfsekretär der SED weiß seine nächste Parteileitung weiter weg als der Stadtfunktionär. Er sieht Tatsachen und beginnt mit den Bauern zu paktieren. Viele SED-Sekretäre auf dem Land warten heute nur darauf, daß sie von den Bauern angesprochen und in Gnadens wieder aufgenommen werden. Parteibeschlüsse werden auf dem Lande einfach nicht durchgeführt.

2. Mit der FDJ-Arbeit sieht es fast noch schlimmer aus. Die rücksichtslosen KVP-Rekrutierungskampagnen gerade auf dem Lande halten die Jugendlichen von der FDJ fern. Die aus der Stadt kommenden FDJler werden entweder isoliert oder beginnen selbst mit der Landjugend Freundschaft zu schließen.

3. Die Regierungsorgane haben 1954 auf dem Lande nicht mehr die Macht, die sie 1952 noch besaßen. Die Bauern lassen sich nicht mehr alles wider-spruchslos gefallen.

So ist die SED zwischen zwei Feuer gestellt: Will sie gute Ernteerträge, muß sie die Bauern in Ruhe lassen und auf die Kollektivierung verzichten. Will sie die Kollektivierung gegen den Willen der Bauern durch-setzen, bleiben Mangel, Ernährungs-krisen und Fehl-investitionen der ständige Begleiter der kommunistischen Landwirtschaft.

Noch nicht entschieden

Die SED hat dazu ein festes Programm: Bis Juli 1955 will sie einen „Kongreß der Produktionsgenossenschaften“ abhalten und zu diesem die Bildung weiterer 800 Kolchos verkünden.

Bereits jetzt werden in allen volkseigenen Betrieben wieder kommunistische „Land-helfer“ gesucht, die bis zum Frühjahr ländliche Schlüsselpositionen an sich zu reißen haben. Die SED glaubt besonders klug zu sein, wenn sie die dann auf dem Land verbleibenden „Erntehelfer“ diesmal schon im Dezember auf die Reise schickt. Vielleicht ist das sogar ein Fehler: Die SED-Arbeiter sind mitunter aus besserem Holz als ihre verbürokratisierten Funktionäre. Man muß ihnen nur zeigen, wie der so-wjetzonale Bauer 1954/55 den Winter verbringen muß und wie es ihm früher, ohne die kommunistische Segnung gegangen ist. Eine kleine außerparteiliche Schulung würde manchen SED-Mann bis zum Frühjahr noch zum Nachdenken anregen.

Über das, was die SED will und wozu sie ihr Ministerium umbilden ließ, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Bis jetzt wurden der SED noch nicht die Kredite bewilligt, die sie für Lebensmittelkäufe aus den Ostblockstaaten erbeten hat. Sie wird es sich sehr genau überlegen müssen, ob sie sich 1955 wieder einen „Bauernkrieg“, der bis jetzt für sie jedesmal schlecht ausgegangen ist, leisten kann.

Plötzlicher Ordensregen aus Moskau

Alte Bolschewisten werden wieder geehrt — Nur wenige blieben übrig

Während der letzten zwölf Monate hat das Präsidium des Obersten Sowjets unauffällig, jedoch konstant „Alte Kämpfer“ propagandistisch wieder zum Leben erweckt. Eine Reihe Bolschewisten, die noch Teilnehmer der Revolution von 1917 waren, wurden aus der Vergessenheit gerissen und politisch nach jahrzehntelangem Schweigen über ihr Schicksal, an ihrem 60., 70. und 80. Geburtstag oder an dem fünfzigjährigen Jubiläum ihrer politischen Betätigung mit den höchsten Sowjetorden, dem Lenin-Orden oder dem Orden der roten Fahne der Arbeit, ausgezeichnet.

Die meisten von dieser alten Garde zählten nicht zur Prominenz erster Klasse, sondern vielmehr zur Mittelschicht der revolutionären Parteihierarchie. Nur zwei oder drei waren jemals Mitglieder des Zentralkomitees der Bolschewistischen Partei, aber mehrere immerhin Mitglieder des zu Beginn der Sowjetherrschaft wichtigen Zentral-Exekutivkomitees. Zwei der so spät mit Orden Geehrten gehörten sogar zum engsten Mitarbeiterkreis Lenins, nämlich Lydia Alexandrowna Fotiewa, die Lenins Privatsekretärin während eines Teiles seiner Emigration war, und Nikolai Alexandrowitsch Jemaljanow, ein Arbeiter aus St. Petersburg, der Lenin und Sinowjew versteckte, als sie in den Julitagen 1917 verhaftet werden sollten.

Die alten Kämpfer

Bekannte Revolutionäre waren auch die jetzt mit einem Orden ausgezeichnete Serafima Gopner, lange Jahre Mitglied des ZK der Ukrainischen Kommunistischen Partei, und der zu seinem 70. Geburtstag mit dem Leninorden geschmückte Pjotr Iwanowitsch Woewodin. Er galt als Spezialist für die noch von Lenin angekurbelte Elektrifizierung Rußlands und war danach Funktionär der 1935 von Stalin aufgelösten „Gesellschaft der alten Bolschewisten“, deren meisten Mitglieder später verhaftet und erschossen wurden. In der ersten Ausgabe der großen Sowjetenzyklopädie war der revolutionären Arbeit Serafima Gopners noch ein ganzer Abschnitt gewidmet. Dagegen wurde ihr Name in der zweiten „gereinigten“ Ausgabe überhaupt nicht mehr erwähnt.

Seit Ende der dreißiger Jahre waren die Namen aller dieser

„alten Kämpfer“ des Kommunismus niemals mehr in der Presse genannt worden. Niemand wußte auch, ob sie Opfer der stalinistischen Säuberungen geworden waren oder ob sie die verschiedenen Reinigungswellen in irgendeiner untergeordneten Position noch überlebt hatten.

Stalin befahl Schweigen

Nur so viel stand fest: Stalin ordnete an, daß von ihnen nicht mehr gesprochen werden dürfte. Am typischsten ist der Fall des nunmehr mit dem Leninorden geschmückten ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Grigorij

Iwanowitsch Petrowdki. Er wurde 1938 von Stalin abgesetzt und fristete seitdem als kleiner Museumsangestellter in Moskau sein Leben.

Dieser plötzliche Ordensregen, der auf die alte kommunistische Garde niederging, hat sicherlich politische Gründe. Auch die neue Regierungsmannschaft im Kreml handelt kaum aus humanitären Motiven, um etwa vergangenes Unrecht wiedergutzumachen. Viel näher liegt die Annahme, daß mit dieser Geste der Ordensverleihung an die alte bolschewistische Tradition und die alten Tugenden der Revolution, die längst dem Karrierismus der bürokratischen zweiten Generation Platz gemacht haben, angeknüpft werden soll. Während Stalins blutige Gewaltherrschaft ignoriert wird, möchte man gern die Ideale aus der Ära Lenins zu neuem Leben erwecken, wenigstens mit solchen Gesten.

SED will alte Fälle überprüfen

Die Auswirkungen der Affäre Field

Berlin (Eigenmeldung). Das SED-Politbüro hat beschlossen, eine Überprüfung der seit 1950 gegen mehr als 300 Funktionäre und Mitglieder der SED und KPD wegen angeblicher Beziehungen zu dem „amerikanischen Spion Noel Field“ verhängten Strafen vorzunehmen. Field war unlängst in Ungarn freigelassen worden, weil sich die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als haltlos erwiesen hätten.

Unter den im Zusammenhang mit dem Fall Field gemauerten Personen befinden sich der ehemalige KPD-Bundestagsabgeordnete Kurt Müller, das ehemalige SED-Politbüro-Mitglied Paul Merker und der ehemalige Sowjetzonen-Reichsbahnpräsident Willy Kreikemeyer.

Länderkammer bleibt

Berlin (DPA). Die Länderkammer der Sowjetzone soll, trotz der vor mehr als zwei Jahren erfolgten Umstellung der Verwaltung von den bisherigen fünf Ländern auf vier-

zehn Bezirke, auch künftig unter diesem Namen weiterbestehen. Ein Sprecher des Volkskammer-Sekretariats teilte auf Anfrage mit, die Sowjetzonen-Behörden betrachteten die fünf Länder weiterhin de jure als bestehend. Eine Änderung werde lediglich insofern eintreten, als die Mitglieder der Länderkammer von jetzt ab durch die Bezirkstage benannt werden.

Sowjetdenkmal wichtiger

Dresden (Eigenbericht). In den der Gemeinde Kottmarsdorf, Kreis Löbau im Bezirk Dresden, zugeteilten Haushaltsmitteln war u. a. ein Betrag von 3000 DM Ost zum Ausbau eines Denkmals auf dem Friedhof zu Ehren der gefallenen und in der Zone verstorbenen Sowjetsoldaten enthalten. Der Ortsbürgermeister hielt jedoch die Einrichtung eines Gemeindecindergartens für notwendiger und benutzte das Geld dafür. Zur Strafe für diese Maßnahme wurde er sofort aus seinem Amt entfernt.

SED-Propaganda in der Zwickmühle

Faustregel für die sowjetzonalen Bauarbeiter

Die Berliner Bauarbeiter legen Wert darauf, zu den „hellen“ ihrer Gattung zu gehören. Wer einmal als SED-Aufklärer oder gar Parteisekretär auf einer Ostberliner Baustelle war, kann ein Lied davon singen. Jetzt sind die Ostberliner Bauarbeiter einer SED-Wahlbombe auf die Spur gekommen, mit der der FDGB die Westberliner Wähler zu leimen gedachte. Und es ist mustergültig, wie sie das kommunistische Wahlbömchen als „Faustregel“ für eigene Angelegenheiten anzuwenden verstehen.

Da veranstaltete der FDGB in der Ostberliner Rungestraße eine „Gesamtberliner Bauarbeiterkonferenz“, zu der man ein paar Westberliner und ansonsten ausschließlich Mitglieder des FDGB-Bundesvorstandes sowie der SED geladen hatte. Auf dieser Konferenz unterbreitete ein FDGB-Vertreter „im Namen der Westberliner Bauarbeiter“ vier Forderungen:

1. Kündigung der alten Lohn-tarife zum 31. Dezember 1954 und Ausarbeitung eines neuen Vertrages auf der Basis des Hamburger Ecklohnes,

2. Gesetzliche Festlegung einer Regelung für den Winterbau (Bezahlung bzw. Aushilfsbeschäftigung bei Schlechtwetter und Frost),

3. Tarifliche Erhöhung der Urlaubsgelder für das Baubenehngewerbe, und

4. Abschluß von Akkordtarifen mit Hilfe der Gewerkschaften.

Genau zwei Tage später waren diese nur für den Westberliner Wahlkampf bestimmten SED-Forderungen auf den Baustellen der Stalinallee und in der ganzen Industriegewerkschaft Bau des kommunistischen FDGB bekannt. Auf einigen Baustellen wurden sofort Gewerkschaftsversammlungen einberufen und die in der Rungestraße aufgestellten FDGB-Vorschläge diskutiert.

Die Bauarbeiter hatten herausgefunden, daß für den gleichen Tag ein Großeinsatz von FDGB-Agitatoren auf den Baustellen geplant war, der sich mit den auf einer Regierungskonferenz vom 26. November aufgestellten Forderungen Ulbrichts für das Baugewerbe — diesmal allerdings das sowjetzonale Baugewerbe — befassen sollte. Durch ein Versehen oder Gedankenlosigkeit waren nämlich beide „Bauarbeiterkonferenzen“ zeitlich zusammen-

gefallen. Und Ulbrichts Vorschläge, die nun diskutiert werden sollten, lauteten:

1. Einführung neuer Lohn-tarife ab 1. Januar 1955 mit durchschnittlich achtprozentiger Senkung der Stunden- bzw. Eck-löhne.

2. Einsatz der durch Schlecht-wetter- oder Materialmangel-Ausfall untätigen Bauarbeiter zu Sonderaufgaben im Rahmen der Bau-Unionen (militärisches Bauprogramm).

3. Abbau der Akkord- (Lei-stungs) Löhne im Rahmen der Kostensenkungkampagne für

das Bauwesen um durchschnittlich 10 bis 15 Prozent.

An der Beschlußfassung nahmen Ulbricht, Angestellte des Ministeriums für Aufbau, der Präsident der Deutschen Bauakademie, Verdiente Aktivisten, SED-Bauleiter, Leiter volkseigener Baubetriebe — aber keine Vertreter der IG Bau des FDGB teil. Dem FDGB wurde lediglich die Aufgabe zugewiesen, hinterher die entsprechenden Vorschläge zu diskutieren und zu „popularisieren“.

Es kam nicht mehr zu der beabsichtigten Aufklärungskampagne. Auf allen Baustellen und in allen unteren FDGB-Einheiten werden die „Westberlin-Vorschläge“ der IG Bau augenzwinkernd diskutiert. Die SED selbst hat den Bauarbeitern eine unschlagbare Waffe geliefert. Und die Westberliner Bauarbeiter, die genau wissen, was sie von der SED zu erwarten hätten, freuen sich mit über diesen doppelten Erfolg, der den SED-Lohnrückern noch schwer zu schaffen machen wird.

Die Kaufkraft der Ostmark

Um 4 bis 100 % geringer als die der Westmark

Berlin (Eigenbericht). Das Institut für Wirtschaftsforschung in Dahlem hat für September 1954 einen Kaufkraft-Vergleich zwischen D-Mark West und Ost in bezug auf die Lebenshaltungskosten von vierköpfigen Haushaltungen mit monatlichen Ausgaben von jeweils 167, 290 und 358 DM West angestellt. In der höchsten Verbrauchergruppe braucht man in der Sowjetzone 516 DM Ost, um dasselbe kaufen zu können wie in Westdeutschland mit 358 DM West. In dieser Gruppe ist die Kaufkraft der Ostmark daher um 30 v. H. niedriger als die Kaufkraft der Westmark.

Für die mittlere Verbrauchergruppe beträgt der Abstand noch 25 v. H. und für die unterste Gruppe nur 4 v. H., da hier die rationierten Waren in der Sowjetzone noch den größten Anteil haben.

Bei der untersten Verbrauchergruppe kosten die meist noch rationierten Nahrungsmittel in der Sowjetzone zwar um 12 v. H. weniger als in Westdeutschland, die Bekleidungs-

ausgaben sind aber um 96 v. H. und die Preise für Hausrat ebenfalls um 80 v. H. höher als in der Bundesrepublik. Nur die Ausgaben „Heizung und Beleuchtung“ sind in der Sowjetzone um 32 v. H. niedriger, Miete um 6 v. H., während neben der teureren Bekleidung und dem Hausrat auch die Genußmittelpreise um 30 v. H. höher sind.

Wer bei mittlerem und höherem Lebensstandard in der Sowjetzone zusätzlich mehr HO-Waren zukaufen muß, hat mit 35 bis 38 v. H. durchschnittlich höheren Ausgaben als in Westdeutschland bei den Lebensmitteln zu rechnen, mit 71 bis 78 v. H. höheren Genußmittelpreisen und mehr als doppelt so hohen Bekleidungspreisen. Die Preissenkungen bei den HO-Waren sind in den letzten Jahren hauptsächlich den höheren Verbrauchergruppen zugute gekommen, während die Kaufkraft der Ostmark in der niedrigsten Verbrauchergruppe, in der sich auch die Sozialunterstützten und Rentner befinden, sank.

Das zeitungreichste Land

Eine Untersuchung des Instituts für Publizistik

Werden heute in Deutschland mehr oder weniger Zeitungen gelesen als vor dem Kriege? Diese Frage läßt sich jetzt beantworten, nachdem kürzlich das vom Institut für Publizistik an der Freien Universität Berlin herausgegebene Handbuch „Die deutsche Presse 1954“ die entsprechenden Zahlen veröffentlichte.

Nach diesen Untersuchungen werden heute im Vergleich zu 1932 immer noch weniger Zeitungen gelesen, obwohl die Anzahl der Zeitungstitel 1953 in Westberlin und der Bundesrepublik bereits wieder 1403

Blätter aus der Zeit vor 1900 stammen.

Ein Spiegelbild der politischen Diktatur in der Sowjetzone ist das Schwinden der herkömmlichen Vielfältigkeit im Pressewesen. Daß der Leser diese schematisierte Einheitspresse nicht liebt, kommt in ihrer geringen Auflagenhöhe, die auf

2,1 Mill. (gegenüber 16 Mill. im Bundesgebiet) geschätzt wurde, zum Ausdruck. Würden dort genau soviele Zeitungen gelesen wie im Bundesgebiet, so müßte die Auflagenhöhe in den sowjetisch besetzten Gebieten reichlich dreimal höher sein, als sie tatsächlich ist. Nur noch 274 Zeitungen, unter denen sich 237 Nebenausgaben befinden, gibt es in der Sowjetzone. Die Gesamtauflage der LDF-Organe wird auf 200 000 geschätzt, die der sechs Ost-CDU-Organe auf etwa 173 000, die Auflage des SED-Organs „Neues Deutschland“ auf 180 000 Nummern. Keines der 16 SED-Organe hat eine Auflage unter 150 000.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

(1932=2593) betrug und die gesamte Druckauflage von 16 Mill. Stück mit der Zahl der 1950 gezählten Haushaltungen (16,4 Millionen) annähernd übereinstimmt. Auf je 100 Haushalte entfallen daher im Bundesdurchschnitt heute 97 Zeitungsnummern, in Westberlin sogar 112.

Die Bundesrepublik und Westberlin mit 1403 Tageszeitungen (einschl. 723 Nebenausgaben) ist wieder wie vor dem Kriege das „zeitungsreichste“ Land der Welt. Frankreich hat heute beispielsweise nur noch 164 Zeitungen gegenüber 238 Tageszeitungen vor dem Kriege. In England gibt es nur 112 Zeitungen, in den USA 1773 Blätter bei einer fast viermal größeren Bevölkerung.

Die starke Tradition im westdeutschen Zeitungswesen ist daraus zu ersehen, daß trotz der Erschütterung durch die zwölfjährige diktatorische Gleichschaltung heute wieder 55 Prozent der bestehenden

Hamburg wird Stadt der Kinder

„Die Kinder müssen herunter von den Straßen, weg vom Verkehr!“ Das ist eine der Hauptforderungen der jetzt in Hamburg gestarteten „Aktion Kinderparadies“.

Die jungen Bürger bis zu 14 Jahren sollen in allen Stadtteilen — auch in der dichtbesiedelten City — Großspielplätze erhalten. Mit Rollschuhbahnen, attraktivem Gerümpel wie ausgedienten Straßenbahnen, Auto-Veteranen oder unbrauchbaren Hafengebäußen, mit Plattschiffen, Rutschbahnen, Tischtennistischen, mit Kletterbäumen und Fußballtoren. Sie sollen dort zimmern und auch mauern können. Das notwendige Werkzeug wird ebenso wie Tischtennisschläger, Bälle oder Rollschuhe kostenlos ausgeliehen. Auch sturmfreie Wühlecken gehören mit zu diesem Kinderparadies.

Leere Plätze allein genügen nicht zum Spielen. Etwas Lockendes muß geboten werden. Denn das weiß jeder Pädagoge: Die Straßen und Trümmerviertel sind voller Geheimnisse für jedes Kind. Ihre Anziehungskraft ist stark. In

kleinem Rahmen hat der deutsch-amerikanische Frauenbund in Hamburg dieses Feld schon sondiert. Der Erfolg ist verblüffend. Baustellen und Trümmer sind in diesen Bezirken für die Kinder uninteressant geworden. Sie spielen lieber auf dem Platz, der nur ihnen gehört.

70 „Paradiese“ — jedes 6000 Quadratmeter groß — sollen nun für die 30 000 Hamburger Kinder geschaffen werden. Sie kosten viel Geld. Pro Platz mit allem Drum und Dran etwa 60 000 DM.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 15 Uhr; sonntags Beginn um 14 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.